

Die gegenwärtige Frauenpolitik der SED

Leitgedanke für die Frauenarbeit der SED ist die Heranführung und Einbeziehung der Frauen in das öffentliche Leben. Die Frauen sollen aus ihrer häuslichen Atmosphäre herausgelöst, zur öffentlichen Mitarbeit für den „Sieg des Sozialismus“ angespornt und zu Klassen- und „Staatsbewußtsein“ erzogen werden. Durch Erziehung und Ausbildung sollen sie befähigt werden, in möglichst allen Berufen gleichberechtigt — auch in der mittleren und höheren Ebene — tätig zu sein, am politischen Leben aktiv sachkundig teilzunehmen und zu Hause ein „sozialistisches“ Familienleben mit einer „sozialistischen“ Kindererziehung zu gestalten. Über die Berufstätigkeit der Frau und deren gesellschaftliche Aktivität, die mit einer gewissen Herauslösung aus ihrem häuslichen Pflichtenkreis einhergeht, soll eine stärkere „Sozialisierung“ ermöglicht werden, wobei die Erziehungsaufgaben zunehmend der Schule und den Kinder- und Jugendorganisationen zu fallen.

Dabei bleibt für die SED die Einbeziehung der Frauen in das politische Leben vornehmlich eine machtpolitische Frage. Wer politischen Einfluß auf die Frauen hat, der kann sich auf einen großen Volksteil stützen. Unter den Bedingungen der mitteldeutschen Wirtschaft ist aber die weitgehende Eingliederung aller Frauen in den Arbeitsprozeß von entscheidender Bedeutung für einen wirtschaftlichen Aufschwung und damit letztlich für eine innere Konsolidierung des Ulbricht-Regimes. Nach Angaben des Statistischen Jahrbuches der DDR 1966 sind von 17 047 933 Einwohnern Mitteldeutschlands 54,3% (9 264 586) weiblichen Geschlechts. In den Großstädten ist der Frauenüberschuß am stärksten. Auf 100 Männer kommen in Ost-Berlin 129, in Dresden 124, in Leipzig 123 Frauen. Der Durchschnitt liegt in Mitteldeutschland bei 119. Die Alterspyramide ist dabei sehr ungünstig. In den Jahrgängen über 60 Jahren stehen 1 469 000 Männern 2 206 000 Frauen gegenüber. Erst unter 30 Jahren gibt es einen zahlenmäßigen Ausgleich. Da die Bevölkerungsstruktur in Mitteldeutschland durch die Kriegsfolgen und die Fluchtbewegung jüngerer und mittlerer Jahrgänge ziemlich ungünstig ist, braucht die Wirtschaft dringend die Arbeitskraft der Frau. Die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter hat seit 1950 um rund zwei Millionen abgenommen und beträgt heute 9 924 360, darunter 5 129 141 Frauen und Mädchen zwischen 15 und 60 Jahren (Statistisches Jahrbuch der DDR 1966, S. 34).

Bis 1980 werden sich die Proportionen nicht verbessern und wird die Überalterung zunehmen. Während 1965 58,2 Personen von Hundert der Wohnbevölkerung im arbeitsfähigen Alter waren, werden es 1980 nur 57,1 sein. Der Tiefstand wird 1970 mit 54,5 erwartet (Inge Hiebinger „Frauen in unserem Staat“, Ost-Berlin 1967, S. 82). In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß mit 15,8 Geburten auf 1000 Einwohner (1966) die „DDR“ die viertniedrigste Geburtenrate in der Welt hat, so daß auch von dieser Seite keine Vermehrung der Arbeitskraftreserven zu erwarten ist.

Angesichts dieser Umstände müssen notgedrungen auch die letzten Arbeitskraftreserven der Frauen freigesetzt werden. Heute sind etwa 46,7% der Berufstätigen in Mitteldeutschland Frauen. Von allen Frauen zwischen 15 und 60 Jahren sind bereits 76% berufstätig („Neuer Weg“, Heft 5, 1967, S. 240). Es ist jedoch zu berücksichtigen,

daß ein Teil der Frauen nicht vollbeschäftigt ist. Zwar gibt es bis heute in Mitteldeutschland noch keine gesetzliche Arbeitspflicht für Frauen, jedoch wird im „Gesetzbuch der Arbeit“ die Arbeit, entsprechend seinen Fähigkeiten, als die „moralische Pflicht jedes Bürgers“ deklariert, so daß zumindest ein moralischer Druck ausgeübt werden kann.

Politische Leitlinien

Die Reserven an weiblichen Arbeitskräften sind bereits heute schon weitgehend ausgeschöpft. Bis 1980 kann der Anteil weiblicher Beschäftigter um höchstens 2% zunehmen. Es genügt der SED aber nicht, nur für die weitere Mobilisierung weiblicher Arbeitskraftreserven einzutreten, sondern sie trachtet vornehmlich aus politisch-ideologischen Motiven danach, die Frauen zu qualifizieren und ihnen auch in bestimmtem Ausmaß unter dem Motto verwirklichter Gleichberechtigung Leitungsaufgaben zu übertragen. Für die Frauenpolitik der SED ergeben sich daraus folgende Einzelaufgaben:

- a) Die SED muß stetig propagieren, daß die aktive Mitarbeit der Frau im beruflichen und gesellschaftlichen Leben das wichtigste Attribut ihrer Gleichberechtigung ist. Dabei hat die SED bei Männern und Frauen „Widerstände“ und „Vorurteile“ zu überwinden. Die SED muß erstreben, daß möglichst die gesamte weibliche Bevölkerung in den Arbeitsprozeß eingereicht wird und daß von den Frauen nicht mehr der Haushalt, sondern die Berufarbeit als Lebenszentrum angesehen wird. Die ständige „Nur“-Hausfrau gilt in der von der SED geprägten öffentlichen Meinung im allgemeinen als eine Frau zweiter Klasse, die sich noch nicht von der Haussklaverei zu befreien vermocht hat und demzufolge rückständig ist.
- b) Die SED muß dafür Sorge tragen, daß mittels der Berufslenkung die Frauen sich nicht nur traditionell weiblichen, sondern zunehmend technisch-naturwissenschaftlichen Berufen zuwenden.
- c) Die SED muß durch Qualifizierung die Qualität der weiblichen Arbeitskräfte verbessern und die Frauen anspornen, sich weiterzubilden und für spezialisiertere Tätigkeiten ausbilden zu lassen.
- d) Die SED muß in den Betrieben und Verwaltungen — meist gegen den Widerstand der Männer — durchsetzen, daß Frauen gemäß ihrer Ausbildung auch die entsprechenden Positionen in der mittleren oder höheren Ebene einnehmen.
- e) Um den verheirateten Frauen und Müttern eine berufliche Tätigkeit zu ermöglichen, gilt es ein möglichst vollständiges Netz sozialer Einrichtungen zu schaffen (Kinderkrippen, Horte, Gemeinschaftsküchen, Waschsalons, Dienstleistungsbetriebe) und die weitere Technisierung der Einzelhaushalte zu fördern.
- f) Die SED muß durch moralischen Druck einen Einfluß auf die Männer ausüben, die Festlegungen des Familiengesetzbuches (§ 10, Abs. 1) im Alltag zu beherzigen, worin u. a. festgelegt ist: „Beide Ehegatten tragen ihren Anteil bei der Erziehung und Pflege der Kinder und der Führung des Haushalts.“

Bei der Verwirklichung der Frauen-Kaderpolitik der SED werden neben den Betrieben staatliche Institutionen, insbesondere der „Demokratische Frauenbund Deutsch-

lands“ (DFD), die Frauenausschüsse in den Betrieben und LPG und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) eingeschaltet. Der DFD (1,3 Millionen Mitglieder, davon 67,4% berufstätig und 32,6% Hausfrauen) konzentriert sich in seiner Arbeit in jüngster Zeit vornehmlich auf die nichtberufstätigen Frauen bzw. auf die Frauen, die im Handwerk und in Kleinbetrieben tätig sind (der DFD darf keine Betriebsgruppen unterhalten), während sich um die Frauen in den Betrieben und Behörden vornehmlich die Frauenausschüsse und der FDGB (von 6,4 Millionen Mitgliedern 2,9 Millionen, d. s. 45%) kümmern.

Präsenz im industriell-landwirtschaftlichen Bereich

Welche Ergebnisse hat die SED-Kaderpolitik bei der forcierten Heranziehung der Frauen bisher aufzuweisen? Zunächst muß man feststellen, daß es der SED gelungen ist, die Masse der Frauen in zumindest quantitativ zufriedenstellender Weise in das Berufsleben einzugliedern. Zwar ist das Motiv für die Berufstätigkeit vieler Frauen nicht eine „sozialistische“ Überzeugung, sondern vorwiegend wirtschaftlicher Art (Ermöglichung des Lebensunterhalts bei Ledigen, Zusatzanschaffungen bei verheirateten Frauen) bzw. bei einem Teil auch ideell-moralische Motive (Bedürfnis nach Kontakt mit anderen Menschen, Anhänglichkeit an den erlernten Beruf).

Wenn die SED-Führung auch zahlenmäßig mit der Eingliederung der Frauen in das Berufsleben zufrieden sein kann, so ist das qualitative Verhältnis — nach Selbsteinschätzung der SED — noch unzulänglich. Die meisten Frauen sind infolge unzureichender fachlicher Ausbildung oder durch Widerstände der Männer nur in den untersten Lohngruppen tätig. Gegenwärtig sind nur 18% der Industriefacharbeiter Frauen, wobei noch beachtet werden muß, daß es sich nur zum Teil um Facharbeiter in technischen Berufen handelt und daß teilweise die Facharbeiteraus- und Fortbildung nicht der ausgeübten Tätigkeit entspricht. Im VEB Carl Zeiss Jena sind 79% aller Produktionsarbeiterinnen in den unteren vier (von acht) Lohngruppen eingeordnet. Auch in der Landwirtschaft verrichten im Durchschnitt zwei Drittel der Frauen die anfallenden Handarbeiten.

Die SED-Kaderpolitik ist in ihrer Ausbildungssteuerung bestrebt, insbesondere junge Mädchen und Frauen von einfachen ungelernten bzw. typischen Frauenberufen abzulenken und im Kampf gegen vielfältige Widerstände stärker für technische Berufe zu interessieren.

Bereits der Schulunterricht hat in Mitteldeutschland die Aufgabe, die SED-Frauenpolitik wirksam zu unterstützen. Jungen und Mädchen werden auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung in allen Fächern gemeinsam unterrichtet. Das gilt auch für Nadelarbeit, Werkunterricht und Wehrerziehung, d. h., auch die Jungen lernen in der Schule nähen, stopfen, flicken, und die Mädchen werden ebenfalls zu den Übungsstunden der „Gesellschaft für Sport und Technik“ herangezogen. Die Oberschule hat darüber hinaus allen Schülern eine berufliche Grundausbildung zu vermitteln. Der polytechnische Unterricht umfaßt eine Ausbildung im Betrieb oder in der Landwirtschaft. Jungen und Mädchen lernen dabei mit Werkzeugen, Werkstoffen und Maschinen umzugehen und werden in Probleme des Arbeitsablaufs und der Arbeitsorganisation eingeführt. Später, in der neunten Klasse, beginnt die berufliche Grundausbildung in Zuordnung

auf den künftigen Beruf. Nach Abschluß des zehnten Schuljahres beginnt für die Schüler der Erweiterten Oberschule die spezielle Berufsausbildung. In der Regel erhalten heute die mitteldeutschen Abiturienten mit dem Abitur auch einen Facharbeiterbrief. Vielfach übt jedoch der polytechnische Unterricht und der praktische Einsatz in den Betrieben auf die Oberschülerinnen keine wirkende, sondern eine abschreckende Wirkung aus, so daß sie mit allem Nachdruck gerade wegen schlechter Erfahrungen sich Frauenberufen zuwenden möchten.

Bei der Berufslenkung der Schulabgängerinnen wird über die Arbeitskraftverteilungspläne Druck auf die Berufswahl ausgeübt. Für typische Frauenberufe (Schwester, Friseurin, Kosmetikerin, Stenotypistin) gibt es nur wenig Lehrstellen, aber eine starke Nachfrage, dagegen müssen in die zahlreichen freien Lehrstellen im Bereich der unmittelbaren Industrieproduktion die Mädchen vielfach mit sanfter Gewalt — meist mangels anderer Alternativen — hineingedrängt werden.

Es kann nicht verkannt werden, daß auch heute noch viele Mädchen und Frauen in Mitteldeutschland nur an eine zeitweilige Berufstätigkeit denken, daher auf typische Frauenberufe ohne langwierige Ausbildung ausweichen und wenig Eigeninitiative für eine berufliche Weiterbildung entwickeln, obwohl in vielen Bereichen ein relativ großzügiges Förderungsprogramm für die berufliche Qualifizierung von Frauen vorhanden ist. Die SED stößt dabei jedoch nicht nur bei den Frauen, sondern auch bei den Männern auf aktiven bzw. passiven Widerstand.

Eine aufschlußreiche Umfrage

Nach einer Untersuchung der soziologischen Abteilung an der Martin-Luther-Universität in Halle im März 1965 in einigen Betrieben der Elektrochemie und Plaste waren von den befragten ledigen Arbeitern 15% gegen und nur 27% ohne Einschränkung für die Berufstätigkeit ihrer künftigen Ehefrau. Für eine zeitweilige Berufstätigkeit unter Berücksichtigung bestimmter Umstände (z. B. bis zur Komplettierung der Wohnungseinrichtung, Anschaffung eines Autos bzw. bis zur Geburt des ersten Kindes etc.) votierten 58%.

Auch die Werkleiter, Meister und Ingenieure und andere Vorgesetzte haben sowohl gegen die Qualifizierung als auch gegen die Beförderung von Frauen wegen der erhöhten Fluktuation Bedenken. Die Fluktuationsquote weiblicher Arbeitskräfte ist infolge Schwangerschaften, familiärer Belastungen und Krankheiten tatsächlich höher als bei männlichen Beschäftigten. Für die Betriebsfunktionäre gibt es einen Widerstreit der Interessen: einerseits sind sie an der rationellen Planerfüllung interessiert und daher darauf bedacht, daß sich die betriebliche Ausbildungsförderung in späteren Leistungen für den Betrieb niederschlägt, andererseits haben sie das politische Soll der Frauenförderung zu erfüllen.

Es gibt Klagen, daß Frauen nicht führen und sich nicht genügend durchsetzen können. Wochenlang wurde in der Ost-„Berliner Zeitung“ darüber eine Leserdiskussion geführt. In manchen Bereichen werden weibliche Führungskräfte absichtlich durch erhöhte Anforderungen „getestet“, um sie bald wieder versetzen zu können. Auch kommt es vor, daß sie absichtlich in Positionen beschäftigt werden, in denen sie die erworbenen Kenntnisse nicht oder nur unzureichend auswerten können.

Die berufliche Weiterbildung stößt auch auf Schwierig-

keiten, weil trotz beträchtlicher Anstrengungen die Hilfe für die Frauen durch Dienstleistungsbetriebe, Technisierung des Haushaltes (1965 entfielen auf 100 Haushalte nur 29,6 Kühlschränke und 33 Waschmaschinen einfacher Art) sowie Betreuungseinrichtungen für die Kinder noch vielfach unzureichend ist und zahlreiche Männer eine mit der Berufs- und Hausarbeit zu verbindende Qualifizierung der Frauen für überflüssig bzw. unvereinbar mit den häuslichen Aufgaben der Frau halten. Wiederholt wurden Appelle zur Überwindung dieser Widerstände veröffentlicht.

In Zeitungen, in Zeitschriften, im Film, in Versammlungen wird versucht, Frauen und Männern einzuhämmern, daß sich die Berufstätigkeit der Frau fördernd für eine gute Ehegemeinschaft auswirke. Dabei wird stets die tatkräftige Mithilfe des Mannes im Haushalt als unabdingbare Notwendigkeit hingestellt. Einerseits wirke sich die kameradschaftliche Arbeitsteilung im Haushalt positiv auf die Familienatmosphäre aus und ermögliche die Weiterentwicklung der Frau, andererseits störe die Abneigung des Mannes gegen eine Berufsarbeit der Frau — so die SED-Propaganda — die Harmonie der Ehe.

Beruflicher Aufstieg unter Widerständen

Die SED-Führung hat den Einsatz von Frauen in mittleren und leitenden Positionen der Wirtschaft zu einer Prestigefrage gemacht. Die Tätigkeit in diesen Positionen gilt als ein Beweis für verwirklichte Gleichberechtigung, für die Befreiung der Frau und für echte Demokratie. Die Parteiführung der SED ist bestrebt, Widerstände bei der Frauenförderung auszuräumen und den Betriebs- und Verwaltungsfunktionären deutlich zu machen, daß die Förderung der Frauen nicht nur eine volkswirtschaftliche, sondern in erster Linie eine politisch-ideologische Frage ist, wobei kleinlicher Betriebsegoismus überwunden werden müsse.

Die Zahlenangaben über den Anteil der Frauen in leitenden und mittleren Funktionen differieren. Minister Dr. Pfeffer gibt in einem Artikel in der Zeitschrift „Die Arbeit“ (Heft 3, 1967, S. 16) für 1965 an, daß die leitenden Positionen in der Industrie zu 6% und die mittleren zu 15,2% von Frauen besetzt sind (bis 1970 werden 16,5% bzw. 25% gefordert).

In der Landwirtschaft ist das Verhältnis offenbar noch ungünstiger als in der Industrie: 1965 waren von 15 092 LPG-Vorsitzenden nur 146 Frauen, wobei von den rund 400 000 mitarbeitenden weiblichen LPG-Mitgliedern 46 830 eine abgeschlossene Ausbildung (Hoch- oder Fachschule, Meister- oder Facharbeiterprüfung) aufzuweisen hatten.

Da dem FDGB in den Betrieben auch alle Aufgaben der Sozialversicherung zugefallen sind, sollen im FDGB bereits 41% aller Führungspositionen mit Frauen besetzt sein. Auf dem Gebiet der Sozialarbeit sind die Frauen in den Betrieben relativ einflußreich.

Die SED-Führung erstrebt, den Anteil der Frauen in mittleren und leitenden Positionen allmählich dem Anteil der Frauen an der Zahl der Berufstätigen anzupassen. Die Verwirklichung dieser Aufgabe gilt für die SED-Führer als eine Grundfrage für die Errichtung der vollentfalteten sozialistischen Gesellschaft, womit sie auch gegenüber Westdeutschland einen gesellschaftlichen Vorsprung erzielen wollen. Zur Erreichung dieses Ziels ergeben sich für die SED-Kaderpolitik in der Industrie

folgende Einzelaufgaben, die u. a. in einer „Anordnung über die Aus- und Weiterbildung von Frauen für technische Berufe und ihre Vorbereitung für den Einsatz in leitenden Tätigkeiten“ vom 7. Juli 1966 ihren Niederschlag gefunden haben:

a) Zunächst sollen die Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen (nicht nur wie bisher die Kaderleiter) zusammen mit der Betriebsparteileitung eine exakte Bedarfsermittlung durchführen. Im Zusammenhang damit sollen der Ausbildungsgang und die künftigen Tätigkeitsmerkmale individuell geplant werden. Die Ergebnisse dieser Ermittlungen und Planungen sollen in die Betriebskollektivverträge und die Frauenförderungspläne einfließen. Die für leitende und mittlere Positionen vorgesehenen Frauen sollen in einer Kadernomenklatur zusammengefaßt und in die Kaderentwicklungsprogramme aufgenommen werden.

b) Mit den Frauen, die für eine berufliche Weiterbildung vorgesehen sind, sollen individuelle Aussprachen geführt werden. Dabei sollen auch die berufliche und private Perspektive sowie Einzelfragen der künftigen Tätigkeit, die Zeitplanung für die Qualifizierung und notwendige Erleichterungen während der Qualifizierung erörtert werden. Die Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen sollen materielle und ideelle Anreize für die Qualifizierung schaffen und propagieren. Die Qualifizierung und Einarbeitung soll in Zukunft vorwiegend während der Arbeitszeit ermöglicht werden, um Überbelastungen außerhalb der Arbeitszeit zu reduzieren.

c) Die nächste Etappe gilt den eigentlichen Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Leistungstätigkeit. Bei den Betriebs- und Abteilungsleitern sollen Planstellen geschaffen werden, in denen Frauen mit Leitungsmethoden vertraut gemacht und einzelne Bereiche in selbständiger Verantwortung bearbeiten können.

d) Danach sollen die Frauen befähigt sein, selbständig Leitungsaufgaben als Brigadier, Meister, Abteilungsleiter, Ingenieur zu erfüllen. Freiwerdende Frauenpositionen sollen auf Grund einer Weisung des Ministerrats wieder vorrangig mit Frauen besetzt werden.

Frauen im Hochschulwesen

1965 waren von 108 313 Studierenden an den Universitäten und Hochschulen der DDR 28 134 weiblichen Geschlechts, das sind rund 26% (Statistisches Jahrbuch der DDR 1966, S. 474). Hingegen beträgt der Anteil der Oberschülerinnen in den letzten beiden Klassen noch knapp 50%. Auch in Mitteldeutschland studieren die meisten Frauen Pädagogik, Sprachen und Medizin. Für einige wichtige technisch-naturwissenschaftliche Fachrichtungen liegen aus dem Jahre 1965 und 1966 interessante Zahlen vor, danach erhöhte sich der Prozentsatz weiblicher Studenten bei den Immatrikulationen wie folgt: Mathematik von 12,5% (1965) auf 16% (1966); Regelungstechnik von 5,1% auf 10%; Starkstromtechnik von 2,4% auf 5,4%; Theoretische Elektronik von 4% auf 14%; Ingenieurökonomie von 26,8% auf 38,5%; Hochschule für Verkehrswesen (Dresden) von 12,9% auf 21%; Hochschule für Ökonomie von 43% auf 55%; Bergakademie Freiberg 9,9% auf 13%; Technische Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg von 18,5% auf 26% („Das Hochschulwesen“, Heft 2, 1967, S. 101).

Die SED ist mit dem erreichten Stand noch keineswegs zufrieden. Bis 1970 soll z. B. der Anteil der weiblichen

Zulassung in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen von 29,3 % (1963) auf 47,5 % steigen, in den technischen Wissenschaften von 4,2 % auf 30,9 %.

Zwar gibt es über den Anteil der Frauen am Lehrkörper der Hochschulen keine exakten Zahlen. An der Leipziger Karl-Marx-Universität betrug er im Studienjahr 1965/66 3,6 %, wobei die Zahl der weiblichen Wissenschaftskader nach oben abnimmt. Im Universitätsdurchschnitt sind 29 % der Assistenten, 14,2 % der Oberassistenten und 10,2 % der Wahrnehmungsdozenten Frauen. Bis 1970 soll der Frauenanteil am Lehrkörper von 3,6 auf 10 % ansteigen. Auch im Wissenschaftsbereich spielen Probleme der Fluktuation aus gesundheitlichen und familiären Gründen eine erhebliche Rolle.

Bei einer Befragung hat sich herausgestellt, daß die meisten Institutsdirektoren zwar bereit sind, Studentinnen den Weg in die wissenschaftliche Laufbahn zu ebnet. Aber nur 36 % der Leiter von Kliniken und Instituten sprachen von guten Erfahrungen mit Frauen in der wissenschaftlichen Arbeit, 25 % von bedingt guten Erfahrungen, 11 % von unbefriedigenden Ergebnissen. Ingesamt wurde bedauernd festgestellt, daß junge Naturwissenschaftlerinnen einen Beruf vorziehen, der ihnen eine bessere Sorge für die Familie ermöglicht.

Studentenehen werden staatlicherseits kaum gefördert. Der Frauen- und Mutterschutz ist — im Vergleich zu den Betrieben — an den Universitäten unterentwickelt, so daß dadurch die Fluktuationsquote der Studentinnen und jungen Wissenschaftlerinnen relativ hoch ist. In jüngster Zeit gibt es Anstrengungen der SED, den sozialen Problemen der Studenten größere Aufmerksamkeit zu widmen. In einigen Artikeln und Leserbriefen der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“ wurde die gegenwärtige Haltung der staatlichen Stellen kritisiert und die Unterbringung von Studentenehepaaren bzw. ledigen Müttern unter den Studentinnen in spezielle Heime gefordert, in denen auch eine Kinderbetreuung gewährleistet ist.

Frauen innerhalb der SED

Obwohl die SED-Führung sich aus politisch-ideologischen und wirtschaftlichen Motiven für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen mit aller Konsequenz einsetzt, ist in der Führung der SED der Frauenanteil sehr bescheiden. Während immerhin 45 % der FDGB-Mitglieder und 46 % der FDJ-Angehörigen weiblichen Geschlechts sind und auch in halbwegs richtigen Proportionen in diesen Organisationen Funktionen in der mittleren Ebene innehaben, beträgt der Frauenanteil in der SED — nach dem Bericht an den VII. Parteitag (April 1967) — nur 26,5 %.

Wenngleich seit 1946 auch innerhalb der SED beharrlich gefordert wurde, mehr Frauen zu schulen und sie in verantwortliche Funktionen aufrücken zu lassen, ist der Anteil der Frauen in hohen Leitungsfunktionen außerordentlich gering. Von den 90 hauptamtlichen Sekretären der 15 SED-Bezirksleitungen sind bei den Wahlen 1966/1967 nur drei Frauen gewählt worden, wobei zwei Bezirkssekretärinnen für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur und eine für Agitation und Propaganda verantwortlich sind.

Unter den 170 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der SED befinden sich nur 20 Frauen unterschiedlichen politischen Gewichts. Dem Zentralkomitee

gehören u. a. an: die ehemalige Justizministerin und jetzige Vorsitzende der vom Staatsrat berufenen Gesetzgebungskommission Hilde Benjamin, die Volksbildungsministerin Margot Honecker und die ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats und jetzige Präsidentin der Notenbank, Margarete Wittkowski, sowie die Professoren Lene Berg und Hanna Wolf, die sich als Leiterinnen der beiden höchsten Kaderbildungsstätten der SED verdient gemacht haben, und die ehemaligen Kandidatinnen des Politbüros, die heute politisch relativ einflußlos sind: Edith Baumann und Luise Ermisch. An dieser Stelle sei auch erwähnt, daß die erste Vorsitzende des DFD und ehemalige Kandidatin des SED-Politbüros, Elli Schmidt, wegen ihrer „versöhnlerischen“ Haltung am 17. Juni 1953 sich noch immer in der politischen Versenkung befindet. Elli Schmidt gehört nicht mehr dem Zentralkomitee an, sondern wirkt als Leiterin des Instituts für Bekleidungskultur.

Bisher gab es in der Geschichte der SED noch nie ein weibliches Mitglied des Politbüros. Allerdings gehörten jeweils eine, mitunter auch zwei Frauen dem Politbüro als Kandidatinnen an, wobei die Kandidatinnen wechselten. Gegenwärtig ist die LPG-Vorsitzende Margarete Müller (Jahrgang 1931) Kandidatin des Politbüros. Es gilt als sicher, daß sie angesichts ihrer unzureichenden fachlichen und politischen Qualifizierung im Politbüro nur weibliche Repräsentationspflicht erfüllt.

Wirklichen Einfluß in der SED haben jedoch die weiblichen Mitglieder der Zentralen Partei-Kontrollkommission (ZPKK) Elli Hempel, Hanni Gläser und Erna Warnke sowie die Vorsitzende der Bezirkspartei-Kontrollkommission in Gera, Gerda Holzmacher. Einst hatte Herta Geffke in der parteiinternen Justiz eine wenn auch unauffällige Schlüsselposition inne, wobei sie sich durch absolute Willfährigkeit in den Säuberungskampagnen „bewährte“. Ebenso haben Hanna Wolf als Direktorin der Parteihochschule und Lene Berg als deutsches Mitglied des Redaktionskollegiums der internationalen Kommunistenzeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ einen Einfluß.

Zusammenfassend kann man aber feststellen, daß nur wenige Frauen in den SED-Führungsgremien politisches Profil haben. Die SED-Führung scheint wegen weiblicher Repräsentanz in diesen Gremien sich nicht so beharrlich wie in anderen Bereichen anzustrengen. Allerdings muß man dabei auch bedenken, daß die Masse der Frauen offenbar sich noch scheut, in die SED einzutreten, und dort viele weibliche Parteimitglieder nicht an einer Parteikarriere interessiert sind.

Frauen im Staatsapparat und in der Justiz

Im Staatsapparat sind die Frauen sehr unterschiedlich vertreten. Eigenartigerweise hat die „Volkskammer“ als das formell höchste, aber faktisch bedeutungsloseste Organ, das am wenigsten Einfluß auf die Entwicklung hat, den größten Frauenanteil. Von den 500 Abgeordneten der „Volkskammer“ sind 137 Frauen (4. Wahlperiode). In den Bezirkstagen beträgt der Anteil weiblicher Abgeordneter im Durchschnitt sogar 32 %. Wenn auch der politische Einfluß von mitteldeutschen „Volksvertretern“ relativ gering ist, so spiegelt sich in diesem hohen Frauenanteil jedoch nicht nur Repräsentation wider. Die unter der strengen Kontrolle der Partei zu leistende „gesellschaftliche“ Arbeit der Abgeordneten ist

ziemlich umfangreich. Unter diesem Aspekt kann nicht übersehen werden, daß der relativ hohe Anteil weiblicher „Volksvertreter“ bei der Erziehung der übrigen Frauen zum Mitdenken und zur Mitarbeit teilweise positive Auswirkungen hat. Unter den weiblichen Abgeordneten dominieren Repräsentanten verschiedener Betriebe, Berufe und Einrichtungen.

Im Ministerrat (39 Mitglieder) ist nach dem augenblicklichen Stand nur eine Frau vertreten, die zugleich dem Zentralkomitee der SED angehört: Margot Honecker. Mit großer Wahrscheinlichkeit würde die SED-Führung noch mehr Frauen in den Ministerrat hineinziehen, jedoch ist offenbar das Angebot qualifizierter Frauen für ein Ministeramt noch relativ gering.

Im „Staatsrat der DDR“, dem kollektiven Staatsoberhaupt, sind von 24 Mitgliedern fünf Frauen. Bei der Auswahl dieser Frauen soll offenbar zum Ausdruck kommen, daß Frauen in Mitteldeutschland infolge der Frauenpolitik der SED hohe Stellungen im öffentlichen Leben einnehmen können. Zu den weiblichen Staatsratsmitgliedern gehören: die Oberbürgermeisterin von Potsdam, Brunhilde Hanke, die Rektorin der Technischen Universität Dresden, Prof. Lieselotte Herforth, die LPG-Vorsitzende Else Merke, die Assistentin des Werkleiters der VEB Schiffswerft „Neptun“, Rostock, Annie Neumann, und die Chemieingenieurin Christel Pappe. Annie Neumann war lange Zeit Mitglied des Zentralrates der FDJ, und Else Merke ist noch heute Mitglied des Präsidiums der „Demokratischen Bauernpartei“.

Besonders hoch ist der Anteil der Frauen im Bildungswesen, in den Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge und der Sozialarbeit sowie in der Justiz. Zwei Drittel aller an den Bezirks- und Kreisgerichten sowie in den Staatlichen Notariaten Beschäftigten (Stand März 1966) sind Frauen. Bei den Richtern beträgt der Frauenanteil bereits 31,4%, bei Notaren 28%, bei den Gerichtssekretären 59% und bei den Gerichtsvollziehern 18,5%. Bei den Schöffen beträgt der Frauenanteil bereits 42,3%. Allerdings nimmt die weibliche Repräsentanz nach oben hin ab. Aber immerhin sind 19,1% der Kreisgerichtsdirektoren Frauen, bei den Direktoren bzw. stellvertretenden Direktoren der Bezirksgerichte liegt der Frauenanteil bei 15,6%.

Gerade im Justizwesen haben Frauen aus den unteren Stellungen gute Aufstiegschancen. Von der Protokollführerin führt z. B. mittels Fern- und Abendstudium ein relativ gerader Ausbildungsweg zum Richter oder Staatsanwalt. Zahlreiche Richterinnen wurden auf diese Weise gefördert und qualifiziert. Für diese Förderungsmaßnahmen gibt es ebenso wie in der Produktion jedoch Widerstände a) bei den Frauen selbst, weil sie wenig Neigung oder für ein Abendstudium auch keine Möglichkeit haben, b) bei den Vorgesetzten, die nicht gern befähigte Mitarbeiter durch Qualifizierung verlieren möchten und die zum Teil auch von der Güte dieser nebenberuflichen Qualifizierung nicht sehr überzeugt sind.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß es der SED-Führung gelungen ist, den größten Teil der Frauen für die Berufsarbeit zu gewinnen, die Studien- und Berufslenkung der Frauen zu intensivieren, verschiedene Qualifizierungseinrichtungen zu etablieren und zahlreiche Frauen für die Ausnutzung der Förderungsmöglichkeiten zu interessieren. In Mitteldeutschland sind die Aus- und Weiterbildungschancen der Frauen in der Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, im Bildungs-

wesen und in der Rechtsprechung sowie in den Massenorganisationen und der SED heute größer als die Auslastung dieser Förderungs- und Schuleinrichtungen.

Es kann nicht übersehen werden, daß insbesondere in der mittleren Ebene der jeweiligen Tätigkeitsbereiche die Kaderpolitik der SED schon beträchtliche Erfolge verbuchen kann. Die SED-Kaderpolitik hat es vermocht, die Qualifizierung zahlreicher Frauen zu organisieren und den Einsatz in entsprechende Positionen — ungeachtet mancher Widerstände — durchgesetzt zu haben. Zwar gibt es angesichts vieler Faktoren, u. a. auch Generationswechsel, noch einen erheblichen Mangel an weiblichen Führungskräften, doch ist die SED intensiv bemüht, diesen zu überwinden.

Soziale Fürsorgemaßnahmen?

Die SED-Führung hat veranlaßt, daß auf der Grundlage eines Beschlusses des Ministerrates vom 20. Oktober 1966 bei der Ost-Berliner Deutschen Akademie der Wissenschaften der Wissenschaftliche Beirat „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ gegründet wurde, der sich in seiner Forschungsarbeit den Problemen der Entwicklung und Förderung der Frauen und Mädchen in der DDR widmen soll. In diesem Beirat sind angesehene Soziologen, Mediziner, Psychologen, Juristen, Pädagogen, Philosophen sowie einige Wirtschafts-, Partei- und Staatsfunktionäre tätig. Als Vorsitzender dieses Beirates fungiert der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Prof. Hartke. Bisher erschienen bereits einige Einzelveröffentlichungen mit Arbeitsergebnissen.

Bis heute ist noch offen, wie die SED mit der niedrigen Geburtenrate auf die Dauer fertig wird. An sozialer Fürsorge mangelt es nicht: Vierzehnwöchiger Schwangerschafts- und Wochenurlaub bei Weiterzahlung des Nettoverdienstes, kostenlose Entbindung, Geburtsbeihilfen zwischen 500 und 1000 MDN und anderes. Es fragt sich aber, ob die Maßnahmen zur Einbeziehung der Frauen in das berufliche und gesellschaftliche Leben sowie die beruflichen und politischen Förderungsmaßnahmen sich in der Praxis familienfreundlich auswirken. Die Masse der Frauen in Mitteldeutschland ist aber angesichts der von der SED vorangetriebenen Gleichberechtigung — ungeachtet einzelner Nachteile — selbstbewußter und gesellschaftlich aktiver geworden. Von zahlreichen berufstätigen Frauen wird anerkannt, daß die SED viel für die Frauenförderung getan hat.

Die Frauen sind jedoch durch die an sie gestellten Anforderungen im Beruf, öffentlichen Leben und Haushalt ungewöhnlich stark belastet, was u. a. auch im hohen Krankenstand seinen Niederschlag findet. Wenn auch der gesellschaftliche Status angehoben wurde, so haben die Frauen einen erheblichen Preis für diese Errungenschaft zu zahlen.

Die forcierte Gleichberechtigung hat dazu beigetragen, daß auch bei den berufstätigen Frauen die Bindung an Religion und Kirche lockerer wird. Die Frauen wurden in ihrer großen Mehrheit aus ihrer häuslichen Umgebung herausgelöst. Der Einzelhaushalt mit der individuellen Kindererziehung ist heute aufgelockert, weil die Zeit der berufstätigen Frau und Mutter begrenzt ist. „Hilfen“ des Staates bei der Erziehung und Betreuung der Kinder werden zunehmend begrüßt, ohne daß die darin enthaltenen Gefahren gesehen werden.

In diesem Artikel wurde von einem Vergleich mit der

Bundesrepublik abgesehen, obwohl die Frauen-Enquete der Bundesregierung Ansätze zu einem Vergleich gegeben hätte. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß in zahlreichen Punkten die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in der Bundesrepublik weniger weit fortgeschritten ist. Der Prozentsatz der Frauen im gehobenen Dienst ist z. B. meist niedriger als in Mitteldeutschland, die Aufstiegschancen sind vielfach schlechter,

ebenso wird eine Qualifizierung durch die Betriebe weniger gefördert. Jede Frau hat zwar auch in der Bundesrepublik die Freiheit, sich emporzuarbeiten und durchzusetzen, während in Mitteldeutschland die Förderung der Frauen jedoch zu einer der wichtigsten Aufgaben der Kaderpolitik der Partei gehört. Wer sich in Mitteldeutschland den Kaderförderungsplänen anpaßt, kann sich dort leichter qualifizieren und aufsteigen.

Tendenzen in der sowjetischen Jugend

Die Fünfzig-Jahr-Feier der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ veranlaßte Historiker, Wirtschaftler, Politologen und Soziologen in Ost und West, über Ursachen, Wirkung und Fortwirkung des russischen Oktober unter den verschiedensten Aspekten erneut nachzudenken und, soweit dies möglich ist, Bilanz zu ziehen. Während dabei in den offiziellen, mehr oder weniger parteiamtlichen sowjetischen Publikationen Reden und Feiern der Oktober als Anfang einer neuen — und zwar der entscheidenden — Epoche der Weltgeschichte gefeiert und immer noch ein auf die Weltrevolution ausgerichteter patriotischer Messianismus verkündet wird, muß man sich die Informationen, die einem über die konkrete gesellschaftliche Situation der heutigen Sowjetunion ohne das Pathos einer Fünfzig-Jahr-Feier Auskunft geben können, schon mühsamer zusammensuchen. Was man dabei zutage fördert, sind einzelne Mosaiksteinchen, Bruchstücke, die kein ganzes Bild ergeben. Dennoch ist es sinnvoll zu versuchen, diese Mosaiksteine, soweit sie erreichbar waren, zusammen- oder besser zunächst nur aneinanderzufügen, in der Hoffnung, daß sie doch am Ende einigen Aufschluß über Richtungen, Tendenzen, Strömungen und Entwicklungslinien in der konkreten gesellschaftlichen Wirklichkeit der Sowjetunion geben, die erst später einmal vielleicht zu einer Synthese gebracht werden können. Die im folgenden angeführten Beispiele zeigen dabei, daß es solche neuen Strömungen und Versuche einer Neu- und Umorientierung gibt, wobei natürlich immer offenbleibt, inwieweit der einzelne von ihnen erfaßt, beeinflusst und geprägt ist oder völlig außerhalb von ihnen steht. Ebenso muß offenbleiben, ob und in welchem Maße sie für das Denken und Empfinden der Mehrheit der Sowjetbürger repräsentativ sind.

„Väter und Söhne“ in der Sowjetgesellschaft

Noch bis vor kurzem wies die Sowjetpresse es mit Enttäuschung zurück und bezeichnete es als eine „Erfindung der bürgerlichen Propaganda“, daß man in der sowjetischen Gesellschaft von einem Generationskonflikt sprechen könne. Erstmals hat nun die neugegründete, für Presseleute bestimmte Zeitschrift „Shurnalist“ in ihrer ersten Nummer (Februar 1967) zugegeben, daß es in der sowjetischen Gesellschaft wirklich das Problem „Väter und Söhne“ gebe und daß dieses Problem im Interesse dieser Gesellschaft ernsthaft analysiert werden müsse. Wenn hier von einem „Konflikt“ die Rede ist, so dürfte dieser, wenn auch freilich nur zum Teil, zunächst einmal durch das allgemeine Generationsproblem bedingt sein. Der neuen Generation, den Söhnen und Töchtern der heutigen Schicht der Funktionäre, Industriemanager, Betriebsdirektoren und Parteibürokraten, die in der Sowjetgesell-

schaft zu Amt und Würden gelangt sind, fehlen die entscheidenden Voraussetzungen für eine kritiklose Übernahme ideologischer Thesen. Die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“, heraufgespielt mit durchsichtigem ideologischem Pathos, ist für sie zunächst nur ein Kapitel in propagandistisch gefärbten Lehrbüchern; den „Großen Vaterländischen Krieg“, der immerhin für den Sowjetpatriotismus noch eine große Rolle spielte und spielt, erlebten sie nur als Kinder. Die jetzige gesellschaftliche Wirklichkeit jedoch ist ihnen aus eigener Anschauung bekannt; diese können sie mit den Theorien und Ansprüchen der Parteideologen vergleichen, deren ausgefahrene Denkgeleise und deren ideologisches Vokabular sie langweilt. Diese „Jugend singt nicht die pathetischen Parteilieder eines Lebedew-Kumatsch, sie ist sich vielmehr einig in ihrer Vorliebe für einen Bulat Okudshawa, dessen Lieder, bar aller politischen Akzente, durch ihre einfühlsame Menschlichkeit die umgebende Unaufrichtigkeit überwinden helfen“ (C. Gerstenmaier, Geistige Auseinandersetzung mit dem Erbe der Revolution, „Ostprobleme“, 17. November 1967, S. 622).

Dennoch bedeutet diese apolitische Einstellung nicht, daß diese Generation, die sich selbst die „vierte Generation“ nennt, ihrer revolutionären Vergangenheit gegenüber gleichgültig wäre oder daß sie, wenn sie die Väter verurteilt und sich von ihnen distanziiert, auch „die ursprüngliche Reinheit der revolutionären Idee“ (Jewtuschenko) verurteile. In den „Vätern“ verurteilt sie jene, welche den Stalinismus zuließen, jene, welche aus Mangel an Mut ihren Teil zu dieser Entwicklung beigetragen oder aus ihr, unter dem Deckmantel der Ergebenheit an die Revolution, Profit geschlagen haben. Das Argument, man müsse diese Tatsachen „im Rahmen der geschichtlichen Entwicklung“ sehen, verfehlt bei ihnen seine Wirkung; sie stellen die moralische Autorität der „Väter“ überhaupt in Frage. Sie wollen die Welt, die Geschichte und den Menschen aus eigener Erfahrung und durch persönliche Reflexion kennen- und verstehenlernen und nicht in ideologischer Verfremdung. Was sie verlangen, drückt der Leitartikel der ersten Nummer von „Shurnalist“ (Februar 1967) so aus: „Die Leute fordern mit immer größerem Nachdruck ihr Recht auf freie Entscheidung, auf freies Denken und Handeln.“

Für diese Freiheit riskieren sie ihre Berufsausbildung und den Verlust gerade jener „Freiheit“, die für sie nur eine Pseudo-Freiheit ist. So ist heute bekannt, daß 1956/57 im Zusammenhang mit den Aufständen in Ungarn und Polen an der Leningrader Universität etwa 4300 Studenten relegiert wurden. Etwa gleichzeitig deckte der Sicherheitsdienst in Tiflis illegale Studentengruppen auf, die sich regelmäßig zu freimütiger Diskussion trafen und ihre politischen Anschauungen handgeschrieben oder verviel-